

Heiner Flassbeck

Wachstum und Ökologie

Agora 42, Ökonomie – Philosophie – Leben

23.12.2009

Ökonomie und Ökologie verbindet eine lange und herzliche Feindschaft. Anfang der 70er-Jahre entbrannte zum ersten Mal eine heftige Diskussion über den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, als der Club of Rome eine Studie veröffentlichte, der zufolge die Menschheit nicht so weitermachen könne wie bisher, weil die Rohstoffe auszugehen drohten und die Umweltverschmutzung unerträglich werde.

Anfang der 80er-Jahre hatte es die breite Mehrheit der Ökonomen in Deutschland und anderswo schon geschafft, diese Problematik in einen Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie hoch zu stilisieren. Dies hatte zur Folge, dass alle Politiker schon damals fest davon überzeugt waren, dass sie zu wählen hätten zwischen mehr Umweltschutz auf der einen und mehr Arbeitsplätzen bzw. mehr Wachstum auf der anderen Seite.

Das aber ist falsch. Schon Anfang der 70er-Jahre war abzusehen, dass die Menschen und die Politik erst dann bereit sind, sich für die Erhaltung der Natur in einem angemessenen Zustand einzusetzen, wenn die Versorgung mit herkömmlichen Konsumgütern ein bestimmtes Niveau erreicht hat – erst dann wird eine intakte Umwelt zu einem begehrenswerten Gut. Die Politik hätte die Bedeutung des Umweltschutzes auch in Bezug auf Wachstum und Arbeitsplätze viel mehr herausstellen müssen, um damit der verbreiteten Meinung entgegenzuwirken, dass zwischen Umweltschutz und Wachstum bzw. Wohlstand ein Widerspruch besteht.

Sieht man die Dinge aus diesem Blickwinkel, erkennt man sofort, dass der „große Konflikt“ zwischen Ökonomie und Ökologie eine Scheinkontroverse ist, weil selbstverständlich auch der Schutz der natürlichen Umwelt Arbeitsplätze schafft und es ja keine feststehende Definition der Güter gibt, deren Produktion wir zum Wachstum zählen müssten oder nicht. **Wachstum sind die Güter und Dienste, die Menschen wünschen.** Wünschen sie mehr Umweltschutz, führt auch das ohne Zweifel zu Wachstum.

Gleichwohl ist die Tatsache, dass es sich bloß um einen Scheinkonflikt handelt, für die meisten Menschen und auch Politiker nicht einsichtig, weil sie nur in einzelwirt-

schaftlichen Kategorien denken und die gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen nicht sehen und nicht verstehen. Ob ein Naturschutzgebiet erhalten oder eine Straße gebaut werden soll – immer kommt das Argument, dass der Bau der Straße Arbeitsplätze schafft. Und diesem Argument haben die Verteidiger der Natur – also eines übergeordneten Wertes, dessen Nutzen nicht direkt messbar ist – nichts Konkretes entgegenzusetzen. Das heißt nicht, dass es gar keinen Konflikt gibt zwischen den Wünschen der Menschen und denen der „Natur“. Die Straße durch das Naturschutzgebiet ist ein solcher Konflikt – aber eben kein für den behaupteten „großen Konflikt“ stellvertretender, sondern einfach ein „kleiner Konflikt“. Den „großen Konflikt“ zwischen Wirtschaft und Natur, wo es um Arbeitsplätze und Wohlstand im Allgemeinen geht, kann es nicht geben – so lange jedenfalls nicht, wie die Menschen relativ frei sind zu entscheiden, wie sie ihre Präferenzen setzen, welche Güter sie vom Markt nachfragen und welche Rahmenbedingungen sie vom Staat gewährleistet sehen wollen.

Der Kampf gegen den Klimawandel und die Umweltverschmutzung im Allgemeinen beginnt, wie alles, im Kopf. Wenn die Menschen sich nicht abgewöhnen, noch die kleinsten Annehmlichkeiten ihres Lebens als das Wichtigste überhaupt anzusehen, wird es schwer, ein Umdenken zu erreichen. Doch hier kann man mit steigendem Wohlstand auf Einsicht hoffen. **Niemandem schadet es, sich im Winter auch zu Hause etwas wärmer anzuziehen.** Niemand erleidet einen dauerhaften Glücksverlust, wenn er nicht mit einem Unmengen an Sprit verschlingenden Monsterauto durch die Gegend fährt. Und kein Land vernichtet seine Automobilindustrie, wenn es strengere Emissionsregeln oder ein Tempolimit auf Autobahnen durchsetzt. Praktisch immer gibt es Alternativen, die uns genauso glücklich machen, aber das Ökosystem erhalten.

Die Fiktion des „großen Konflikts“ ist allerdings schwer zu überwinden, weil sie scheinbar bestätigt wird durch die alltägliche Erfahrung jedes Einzelnen. Der Bau einer Straße schafft ganz konkret Arbeitsplätze, sorgt für Löhne und Gewinne, während der Erhalt der Natur nur den Status quo und damit unter Umständen den Mangel an Arbeitsplätzen zementiert. In einer gesamtwirtschaftlichen Sicht ist das allerdings ganz anders. Gibt der Staat das Geld nicht für den Bau der Straße aus, sondern für Bildung und Wissenschaft, mag der positive Effekt auf Arbeitsplätze und Einkommen am Ende viel größer sein.

Nach der einzelwirtschaftlichen Logik war der Entschluss der europäischen Politik, die Todesstrafe abzuschaffen, falsch, weil er den Markt für Guillotinen hat

zusammenbrechen lassen, was zum Verlust vieler Arbeitsplätze führte. Jeder erkennt zwar sofort, wie lächerlich dieses Argument ist, wenn es weit zurückliegende Entwicklungen betrifft. Doch lassen sich allzu viele vom Arbeitsplatzargument beeindrucken, wenn es um die noch unbekanntere Zukunft geht.

Eine offene, marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft kennt nicht nur einen Weg in die Zukunft. Sie kennt nahezu beliebig viele. Es ist ja gerade der entscheidende Vorteil der Marktwirtschaft im Gegensatz zur Planwirtschaft, dass sie die Fantasie und das Wissen vieler Menschen nutzt, um – durch Versuch und Irrtum – immer neue Wege zu entdecken, wie die Lebensumstände verbessert werden können. Erweist sich ein Weg als Sackgasse, weil der Markt anders reagiert, als der Investor erwartet hatte, oder weil die Gesellschaft seinem Projekt einen Riegel vorschiebt, werden neue Wege gesucht und auch gefunden, um Gewinn zu erzielen. Das bedeutet natürlich auch, dass jeder arbeitsfähige und arbeitswillige Mensch jederzeit einen Arbeitsplatz haben sollte, dass aber nicht jeder beanspruchen kann, jederzeit seinen Arbeitsplatz zu behalten, ohne dass das gesamte System fundamental in Frage gestellt wird.

Eine Wirtschaftspolitik, die der Fiktion des „großen Konflikts“ zwischen Arbeitsplätzen und Umwelt anhängt, hat nicht verstanden, was ihre Aufgabe ist. Weder kennt sie den Arbeitsplatz der Zukunft, noch kann sie wissen, welche (Umwelt-)Technologie in Zukunft eine Schlüsselrolle spielen wird; sie muss sich deshalb darauf konzentrieren, einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen für Investoren zu schaffen, der im Ganzen auch dann zu genügend Arbeitsplätzen führt, wenn die Gesellschaft sich (z.B. aus ethischen oder aus Umweltgründen) gegen bestimmte Forschungsvorhaben, Technologien oder Produktionsformen entscheidet. Den einen Arbeitsplatz zu retten und den anderen zu fördern, mag medienwirksam sein. Wer dabei aber den Blick für das Ganze verliert, schadet den Arbeitsplätzen mehr als er ihnen nutzt.

Was also ist Wachstum? Noch einmal, Wachstum ist die Form von Einkommen, die sich die Menschen wünschen. Wachstum kann sich durchaus aus dem Wunsch nach „mehr sauberer Luft“ oder „mehr sauberem Wasser“ oder „weniger Chemie in den Lebensmitteln“ ergeben. Wie man das effektiv erreicht, ist ein anderes, aber unter ökonomischen Aspekten prinzipiell lösbares Thema. Wie man solche Lösungen allerdings in einer Lobby-Demokratie mit Zeithorizonten von kaum vier Jahren bewerkstelligen will, ist eine schwierigere Frage. Der Staat muss ja in der Tat als Pionierunternehmer für das Produkt Umweltschutz auftreten und unter Umständen andere privat hergestellte Produkte verdrängen. Das fordert immer sehr viel mehr Widerstand

heraus, als wenn ein privater Unternehmer einen anderen verdrängt. So spricht beispielsweise niemand darüber, wie viele Arbeitsplätze die Umstellung der Wirtschaft auf Informationstechnologie gekostet hat und niemand versucht auch nur, diese Kosten zu errechnen. Wenn es allerdings der Staat ist, der den Strukturwandel vorantreibt, schreien alle negativ Betroffenen Zeter und Mordio und versuchen mit allen Mitteln, eine solche Entscheidung zu verhindern.

Darüber hinaus steht einem effektiveren Umweltschutz aber auch unser eigenes Unvermögen im Wege, wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und wirtschaftliche Probleme in diesem Kontext zu verorten und zu lösen. Solange wir das ökonomische System insgesamt nicht verstehen und daher auch nicht zurück in vernünftige Bahnen lenken können, brauchen wir uns eigentlich der Frage nach besserem Umweltschutz gar nicht erst zuzuwenden. Dann sind wir nämlich so sehr mit der Bewältigung der Folgen der Massenarbeitslosigkeit beschäftigt, dass wir für anderes weder Zeit noch Geld übrig haben. Das ist dann genau so wie in vielen Entwicklungsländern, die sich keine nachhaltige Wirtschaftsweise leisten wollen, weil den Menschen das Wasser bis zum Halse steht und sie ohne Rücksicht auf die zukünftigen Folgen ihres Handelns zuerst ihre gegenwärtigen Probleme zu lösen versuchen.

Prof. Dr. Heiner Flassbeck ist Direktor der Abteilung „Globalization and Development Strategies“ bei der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Gescheitert – Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert“ im Westend Verlag.